

# RHEIN-BERG 100

Newsletter des Abgeordneten Dr. Hermann-Josef Tebroke  
Ausgabe 6/2019



## LIEBE LESERINNEN UND LESER,

auch in diesen heißen Tagen möchte ich Ihnen gerne meinen Newsletter zur Lektüre übersenden. Die letzten Wochen waren geprägt von vielen gesetzgeberischen Initiativen hier in Berlin, aber auch von einer kritischen Auseinandersetzung mit den Europawahlergebnissen und den für die beiden Volksparteien deutlichen Stimmenverlusten. Nachstehend finden Sie nicht nur eine Nachlese zur Europawahl, sondern auch eine Darstellung, wie wir uns als Union die Mobilität in der Zukunft vorstellen. Schließlich möchte ich noch drei Positionspapiere der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erläutern, die wir diese Woche verabschiedet haben. Sie sehen also, trotz der sommerlichen Hitze arbeiten wir als Union weiterhin mit Nachdruck daran, Deutschland auch über das Jahr 2019 hinaus zukunftsfähig zu gestalten.

Mit Ablauf des heutigen Tages startet die parlamentarische Sommerpause. Ich darf Ihnen jedoch versichern, dass die Politik auch in dieser Zeit weiterläuft – in Berlin wie auch im Wahlkreis. Gleich am Montag veranstalte ich in Zusammenarbeit mit der Kreispartei und dem EAK bei uns im Wahlkreis eine Podiumsdiskussion zum Thema Organspende, zu der ich an dieser Stelle nochmals herzlich einladen darf. Thematisch werden wir uns als Union in den kommenden Wochen unter anderem mit der Grundsteuerreform und einer klimafreundlichen CO<sub>2</sub>-Bepreisung auseinandersetzen. Ich hoffe, Ihnen im Laufe der Sommermonate von guten Fortschritten referieren zu können. Abschließend wünsche ich Ihnen von Herzen einen sonnigen, nicht allzu heißen Sommer und erfüllte Ferien.

Herzliche Grüße

Ihr  
Dr. Hermann-Josef Tebroke, MdB

## NACHLESE ZUR EUROPAWAHL

Auch Wochen nach der Wahl schmerzt mich das schlechte Abschneiden der Union insgesamt, aber enttäuscht mich natürlich auch das Ergebnis der CDU hier vor Ort im Rheinisch-Bergischen Kreis. Uns ist es leider nicht gelungen, mit unseren guten und wichtigen Inhalten sowie Themenschwerpunkten durchzudringen. Wir sind zwar immer noch stärkste Kraft geworden, jedoch nur mit erheblichen Stimmenverlusten. Gerade bei jüngeren Wählerinnen und Wählern haben wir nur geringe Zustimmungsraten. Das muss uns sehr zu denken geben!

Wir müssen uns selbstkritisch fragen, ob wir unsere Werthaltungen und unsere Politik auch nach außen erkennbar dargestellt haben. Wofür steht die Union, was kann sie leisten und wie will sie das Land und die Menschen in das nächste Jahrzehnt führen? Es geht allen voran um Themen wie den Klimaschutz und den Kampf gegen die zunehmende globale Erwärmung, aber auch um Fragen zur Zukunftsfähigkeit unseres Rentensystems sowie unserer sozialen Sicherungssysteme. Auch im Lichte eines drohenden, deutlich geringeren Wirtschaftswachstums müssen wir als Union unsere Konzepte für eine prosperierende Wirtschaft sichtbar präsentieren und umsetzen. Auf europäischer, aber auch auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene arbeiten wir als Union wohlüberlegt, weitsichtig und wollen mit ruhiger Hand die Zukunft gestalten – und genau das müssen wir den Wählerinnen und Wählern auch wieder beweisen.

## MOBILITÄT DER ZUKUNFT

Im Newsletter des vergangenen Monats habe ich Ihnen bereits die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen für Elektrokleinstfahrzeuge vorgestellt. Sowohl in Berlin als auch im Bergischen Land habe ich diese nunmehr schon im Einsatz gesehen. Schön, wenn wir damit über die sog. „letzte Meile“ zu einer Verbesserung der Mobilität beitragen können.

Im Rahmen der Befragung der Bundesregierung hat unsere Bundeskanzlerin diese Woche nochmals verdeutlicht, wie herausfordernd die Energiewende gerade für den Verkehrssektor ausfallen wird. Seit 1990 haben die Emissionen im Verkehr nicht abgenommen, immerhin auch nicht zugenommen – und das trotz eines signifikanten Anstiegs des Verkehrsaufkommens. Dieser Anstieg liegt zum einen an der seit über einem Jahrzehnt florierenden Wirtschaft, zum anderen aber auch an der immer höheren Mobilität, die viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tagtäglich unter Beweis stellen.



## TERMINE

01.07.2019 18:00 Uhr

Podiumsdiskussion Organspende, Kreishandwerkerschaft Bergisches Land, Bergisch Gladbach-Schildgen

03.07.2019 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde Bergisch Gladbach, CDU-Center

15.07.2019 19:00 Uhr

Sommerkonzert St. Marien Kürten, Kirche St. Nikolaus, Dürscheid

22.07.2019 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde Leichlingen, Rathaus, kleines Sitzungszimmer

Die Infrastrukturabgabe, besser bekannt unter dem Namen PKW-Maut, wird es in der derzeitigen Fassung nicht geben. Das mit der Kommission abgestimmte Regelwerk, das sowohl in Berlin als auch in Brüssel von den entscheidenden Stellen als europarechtskonform klassifiziert worden ist, wird infolge des klaren Urteils des Europäischen Gerichtshofs nicht umgesetzt. Stattdessen werden Konzepte diskutiert, wie klimafreundlicher Verkehr gestärkt werden kann. Ich spreche mich seit Längerem für eine Abschaffung der Kfz-Steuer aus. Stattdessen könnte ein streckenabhängiges Nutzungsentgelt eingeführt oder eine Anpassung der Energiesteuersätze auf Mineralöle vorgenommen werden- wenn die Autofahrerinnen und Autofahrer dadurch insgesamt nicht mehr belastet werden und die verschiedenen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden.

Gerade als Union werden wir nicht aus dem Blick verlieren, dass es neben den infrastrukturell besonders gut ausgebauten Großstädten auch viele Mittelzentren und Kleinstädte sowie den ländlichen Raum gibt, in denen das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs schlechter ist. Daher setzen wir uns für Konzepte mit Augenmaß und dem Blick für alle ein.

Anfang der Woche fand im Bundeskanzleramt der erste Autogipfel statt. Dort hat man sich mit einem Masterplan darauf verständigt den Aufbau der Ladeinfrastruktur für Elektroautos in Deutschland zu beschleunigen. Ebenso ringen wir in der Fraktion gerade darum, wie eine adäquate Bepreisung von CO<sub>2</sub> errechnet und möglichst kostenneutral umgesetzt werden kann. Die Bewahrung der Schöpfung – und damit auch der Klimaschutz – ist für uns als Union ein Kernanliegen. Das hat die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel 1997 nicht zuletzt bei der Verabschiedung des Kyoto-Protokolls gezeigt und nochmals maßgeblich beim Klimaübereinkommen von Paris im Jahre 2015 unter Beweis gestellt. Daran werden wir uns auch in Zukunft messen lassen.

## UNTERNEHMENSGRÜNDUNGEN UND INNOVATIONEN

Gleich drei zentrale, den Innovationscharakter der Bundesrepublik adressierende Positionspapiere haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion diese Woche verabschiedet.

In einer von mir wesentlich betreuten öffentlichen Anhörung des Finanzausschusses haben sich zahlreiche Sachverständige mit dem Thema Unternehmensgründung und Wachstumsfinanzierung auseinandergesetzt. Wir als Union setzen uns für gute Rahmenbedingungen in der „Gründungsrepublik Deutschland“ ein. Daher werden wir die Gründerkultur weiter fördern. Denn Gründerinnen und Gründer sind es letztlich, die zusammen mit bestehenden Unternehmen das wirtschaftliche Rückgrat der Bundesrepublik auch für die Zukunft sichern werden. Wir setzen uns daher für eine Prüfung von steuerrechtlichen Vereinfachungen ein und wollen außerdem die Forschungsförderung ausbauen, wie wir es bereits mit dem Gesetz zur Forschungsförderung umgesetzt

haben. Aber auch die Vernetzung ist von Belang, denn gerade Kreditinstitute vor Ort und die Landesförderbanken können einen wertvollen Beitrag zur Unterstützung leisten. Das tun sie bereits heute, das wollen wir jedoch zukünftig intensiveren. Das gemeinsame Positionspapier von CDU/CSU mit dem Titel „[Gründungen und Wachstum – Startup-Förderung in Deutschland](#)“ stellt somit eine gute Weichenstellung für die Zukunft dar.

Viele halten sie für die größte technologische Erneuerung seit Einführung des Internets: die Blockchain-Technologie. Blockchain ist eine verteilte, dezentrale Datenbank, die Transaktionen in historisch-chronologischer Reihenfolge unveränderbar abspeichert und somit die Prozesse miteinander verkettet. Was auf den ersten Blick sehr kompliziert erscheint, ist auch auf den zweiten Blick, vor allem ein großes Innovations- und Wachstumspotential. Gerade deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir uns als Union in unserem Positionspapier „[Zukunftstechnologie Blockchain](#)“ dieses Themas annehmen. Nur so können wir sicherstellen, dass wir in Zukunft Standards setzen können für digitale Verwaltungsleistungen, digitale Wertpapiere, digitale Kapitalgesellschaften und anderes mehr. Darüber hinaus wollen wir die Grundlagenforschung in diesem Technologiefeld stärken und den Rechtsrahmen anpassen. Wir wollen so die Chancen von Blockchain für Deutschland ermöglichen und nutzbar machen.

Wir als Union setzen uns darüber hinaus für die Förderung batteriebetriebener Fahrzeuge ein. Das hat bereits die Einführung einer geringeren Kfz-Steuer für Elektrofahrzeuge sowie eine Kaufprämie für E-Autos gezeigt. Dennoch sind wir als Union technologieoffen und haben uns daher in einem [dritten Positionspapier](#) für eine offene sowie vorurteilsfreie Erforschung regenerativer Kraftstoffe ausgesprochen. Nicht zuletzt aus dem Wahlkreis habe ich viele weiterführende diesbezügliche Hinweise erhalten, für die ich sehr dankbar bin. Gerade synthetische Kraftstoffe können einen zentralen Beitrag zur Energiewende leisten. Die bei Sonne und Wind überaus volatilen Stromspitzen oder in Kraftwerken in sonnenreichen Gegenden wie bspw. Nordafrika können zu einem nachhaltigen Kraftstoff verarbeitet werden. Deshalb setzen wir uns für die Förderung strombasierter Kraftstoffe ein. Wir unterstützen zudem die Hightech-Strategie 2025, die vor allem die Weiterentwicklung von Kraftstoffen im Transportgewerbe zu Land, zu Wasser und in der Luft zum Ziel hat.

---

*“Ehe man sehnsüchtig etwas wünscht,  
sollte man das Glück dessen prüfen, der es besitzt.“*

*– François de la Rochefoucauld*

---

## **TERMINHINWEIS- PODIUMSDISKUSSION ZUR ORGANSPENDE**

Am Mittwoch haben wir im Plenum des Deutschen Bundestages erstmals die beiden fraktionsübergreifend eingereichten Vorschläge zur Änderung des Organspenderechts debattiert. Der erste Entwurf stammt federführend von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach. Er sieht eine Widerspruchslösung vor, nach der grds. jeder Organspender ist, bei dem ein vollständiger und irreversibler Hirntod diagnostiziert worden ist. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dieser Regelung ausdrücklich zu widersprechen und sich in einem entsprechenden Register eintragen zu lassen. Der zweite Entwurf setzt sich im Wesentlichen für die Beibehaltung der bisherigen Einwilligungslösung ein. Dieser Entwurf wurde unter anderem von der gesundheitspolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karin Maag MdB, initiiert. Dieser Gesetzesvorschlag zielt vor allem auf eine verstärkte Aufklärung und auf eine bessere Kostenerstattung für entsprechende Maßnahmen ab. Erst diese Woche haben wir über die beiden Entwürfe im Bundestag fraktionsübergreifend beraten.

Mir ist es wichtig, dass wir diese Thematik nicht nur im Plenum des Bundestags debattieren, sondern auch mit Ihnen. Daher lade ich nochmals herzlich zu unserer **Podiumsdiskussion** in Kooperation dem EAK ein, die am kommenden **Montag, den 1. Juli 2019, um 18:00 Uhr** in der Kreishandwerkerschaft Bergisches Land stattfinden wird. Ich freue mich auf die Diskussion und den anschließenden Diskurs mit Ihnen.



Kurzer Austausch mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und meinem Berliner Team am Rande der CDU/CSU-Bundestagsfraktionssitzung



Zu Besuch in der Kita St. Elisabeth in Bergisch Gladbach um Fachkräften und Tageseltern in unserem Land für ihre Arbeit einmal „Danke“ zu sagen



Spannende Einblicke im Polyurethan-Technikum Leverkusen der Firma Covestro



## DR. HERMANN-JOSEF TEBROKE

Büro Berlin  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227- 79547  
Fax: (030) 227- 76906

Büro Bergisch Gladbach  
Am Stadion 18-24  
51465 Bergisch Gladbach

Tel.: (02202) 93695- 30  
Fax: (02202) 93695- 22



E-Mail: [hermann-josef.tebroke@bundestag.de](mailto:hermann-josef.tebroke@bundestag.de)

Internet: <http://www.hermannjosef-tebroke.de>